

Stellungnahme von Lydia Klinkenberg über die Bereiche Familie, Gesundheit und Soziales in der Regierungserklärung

Die Bereiche Familie, Gesundheit und Soziales, werden erneut – wie bereits in der vergangenen Legislaturperiode – wichtige Schwerpunktthemen der Mehrheit sein.

Während in den letzten Wochen in den Medien das Thema Antibiotikaresistenzen und die Entscheidung der Pharmakonzerne, die Entwicklung neuer Antibiotika zu stoppen, in der Kritik stand, wird noch einmal klar: Unser höchstes Gut ist die Gesundheit.

Eine bürgernahe ärztliche Grundversorgung, die **Niederlassung neuer Haus- und Fachärzte** und die **Absicherung unserer beiden Krankenhausstandorte** haben in diesem Bereich allerhöchste Priorität.

Wir befürworten eine Reform des Impulseo-Fonds, um finanzielle Anreize für die Niederlassung von Ärzten hier in Ostbelgien zu schaffen. Gleichzeitig ist eine Reform des Stipendiensystems für angehende Medizinstudenten eine in unseren Augen interessante Piste. In der Regierungserklärung wurde das Thema kurz angerissen. In Anlehnung an Südtirol wäre es beispielsweise denkbar, ein Modell zu entwickeln, das über ein Stipendiensystem zinslose Darlehen vergibt, um so für angehende Mediziner die Attraktivität Ostbelgiens als Niederlassungsort zu erhöhen.

In der Krankenhauspolitik wiederum dulden die angestoßenen Entwicklungen auf föderaler Ebene keinen Aufschub hinsichtlich einer effizienteren Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Krankenhäusern.

Denn

1. nur wenn Brüssel die Krankenhauslandschaft in unserer Gemeinschaft als untrennbares Ganzes versteht,

2. nur wenn wir der föderalen Ebene signalisieren können, dass es Wunsch aller Fraktionen dieses Hauses ist, die beiden deutschsprachigen Krankenhäuser zu erhalten und

3. nur, wenn wir nicht zulassen, dass sie – aufgrund ihrer geringen Größe - ökonomischen Überlegungen zum Opfer fallen, nur dann ...

... haben wir eine Chance, unsere beiden Krankenhäuser abzusichern.

Ich habe es bereits vor einigen Tagen in diesem Haus gesagt und ich wiederhole es gerne noch einmal: Die Krankenhauspolitik darf kein Politikum werden! Die Krankenhauspolitik ist hoch sensibel und eignet sich nicht zur Profilierung einzelner Fraktionen. Hier gilt es mehr denn je an einem Strang zu ziehen. Die Regierung hat ihre Unterstützung bereits zugesagt – selbst finanzieller Art, um die beiden Standorte zu festigen. Werte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung, verstehen Sie dies bitte als Appell, gemeinsam und mit den Verwaltungsräten von Eupen und St. Vith nach einer zufriedenstellenden Lösung für eine strukturiertere Zusammenarbeit der Verwaltung der beiden Häuser zu suchen! Nicht zuletzt geht es auch darum, die Stellung der deutschen Sprache in Belgien abzusichern.

Ein ebenfalls vorrangiges Handlungsfeld ist der Prozess der **doppelten demographischen Alterung**: Einerseits erhöht sich der Anteil älterer Menschen als Folge des Geburtenrückgangs. Andererseits steigt ihre Anzahl aufgrund der erhöhten Lebenserwartung. Dieser unaufhaltsame Prozess erfordert unsere ungeteilte Aufmerksamkeit:

Mit Blick auf die Alterspyramide liegt es in unser aller Interesse, die Berufstätigkeit von Frauen und Männern durch eine **zielgerichtete Kinderbetreuungspolitik und die Ausdehnung des Integrationsparcours** zu fördern, veraltete Stereotype zu durchbrechen und neue Wege zu beschreiten.

Zum anderen gilt es, im Rahmen des demographischen Wandels, den Zugang älterer Mitmenschen zu Dienstleistungen, Kultur und Sport – sei es durch infrastrukturelle Anpassungen oder aber durch ein verstärkt auf diese Zielgruppe ausgerichtetes Angebot – zu steigern. Zudem ist eine gezielte Nutzung des Potenzials von Senioren für unsere lokale Wirtschaft und die Stärkung des Ehrenamtes wünschenswert.

Zuletzt geht es aber auch darum, pflegebedürftige und Menschen mit demenziellen Veränderungen in Würde altern zu lassen und sie – sowie ihre Angehörigen – entsprechend zu begleiten und zu unterstützen. Um dem Fachkräftemangel im **Pflegesektor** zu begegnen, sind neben den Gehaltserhöhungen von bis zu 20% weitere Anstrengungen notwendig, um den Beruf des Pflegers attraktiver zu gestalten. Auch hier kommt der Kinderbetreuung eine hohe Bedeutung zu.

Den Rahmen für die künftige **Seniorenpolitik** haben wir vor nicht mal einem Jahr mit dem so genannten „Seniendekret“ gesteckt. Die Mittel für häusliche Hilfen wurden um 40% erhöht. Außerdem wurden 111 zusätzliche **Plätze** geschaffen, so dass die Warteliste auf einen Platz in einem Wohn- und Pflegezentrum mittlerweile sehr kurz ist. Trotzdem sollen weitere Plätze folgen – vor allem in der Eifel. Außerdem gilt es, die angestrebten komplementären Wohnformen zu fördern.

Dabei spielt die Übertragung des **Wohnungswesens** an die Deutschsprachige Gemeinschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wir hoffen nicht nur auf eine reibungslose Übernahme der Zuständigkeit, sondern auch, dass das Potenzial konsequent genutzt wird, bezahlbaren, gesunden und alternativen Wohnraum zu schaffen, der gleichzeitig höchsten energetischen Standards entspricht.

Wir als ProDG-Fraktion sagen der Regierung unsere Unterstützung zu, denn wir verstehen es als unsere Aufgabe, die **Lebensqualität** in unserem kleinen Ostbelgien zu bewahren und weiter zu steigern.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.